Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950
1947

54 (8.5.1947)

Visual Library

2. Jahrgang / Nummer 54
Verlag: Badendruck GmbH.,
Karlsruhe, Lammstr. 1b—5, Tel. 4051/53

BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN

Karlsruhe, Donnerstag, 8. Mai 1947
Monatlicher Bezugspreis RM. 2.20
Postbezug RM 2.60 zuzügl. Bestellgebühr

Der Abbruch der Debatte über das griechisch-türkische Hilfsprogramm beschlossen

Washington, 7. Mai, (DENA-Reuter). Das amerikanische Repräsentantenhaus beschloß am 6. ds. Mts. die Debatte über das Hilfsprogramm für Griechenland und die Türkei nicht fortzusetzen.

Es hatten sich innerhalb der republikanischen Mehrheit Meinungsverschiedenheiten ergeben, als der Vorsitzende des Ausschusses für außenpolitische Angelegenheiten erklärte, daß Maßnahmen durch die Vereinigten Staaten „unvermeidlich" seien, wenn man die Sowjetunion davon abhalten solle, den gesamten Mittleren und Fernen Osten zu übernehmen.

Bisherige Politik für Deutschland muß geändert werden

Berichte der internat. Handelskammer

New York, 7. Mai. (DENA-OANS). Die Einleitung sofortiger Schritte zum Aufbau der deutschen Wirtschaft, um die finanzielle Belastung der Besatzungsmächte zu vermindern, fordert ein zum Wochenende veröffentlichter Bericht der internationalen Handelskammer. Er weist darauf hin, daß die einzelnen Zonen von sich aus handeln müßten, falls einheitliche Entscheidungen der Besatzungsmächte nicht erreicht werden könnten.

Nach dem Bericht gibt es nur 3 Lösungen für das deutsche Problem. 1. Die Deutschen verhungern zu lassen; 2. Die deutsche Produktion niedrig halten u. sie durch alliierte Hilfslieferungen zu unterstützen, oder 3. den Deutschen Gelegenheit geben, sich durch eigene Arbeit zu erhalten, jedoch so, daß der Lebensstandard nicht über dem des übrigen Europa liegt.

Die seither in dem anglo-amerikanischen Besatzungsgebiet verfolgte Politik auf die zweite Lösung, unter der eine Besserung der Lebensbedingungen nicht möglich sei, mache Deutschland von fremden Hilfslieferungen abhängig, ohne daß es zu Gegenleistungen imstande wäre. Die bisherige Politik müsse wegen der hohen Besatzungskosten und wegen der ernsten Folgen des Ausfallens der deutschen Wirtschaft für ganz Westeuropa geändert werden Der deutsche Außenhandel sollte soweit belebt werden, daß Deutschland seine notwendigsten Einfuhren bezahlen und die Bedürfnisse anderer Länder für deutsche Exportgüter befriedigen könne. Bei der Fortdauer der bisherigen Politik müsse Deutschland eine noch größere Belastung für die europäische Wirtschaft werden als es bereits jetzt sei.

„Die USA verfolgen keinerlei bestimmte Politik bezüglich der Palästina-Frage"

UN-Vollversammlung entschied: Jewish Agency darf gehört werden

New York, 7. Mai (DENA). Die Vollversammlung der Vereinten Nationen beschloß am Montag, daß die Jewish Agency vor dem Politischen Ausschuß gehört werden solle.

Am Dienstag wurde der mexikanische Delegierte Padilla Nervo zum stellvertretenden Vorsitzenden des Untersuchungs-Ausschusses für Palästina gewählt.

Der Vorsitzende des Ausschusses, Lester Pearson verlas im weiteren Verlauf der Sitzung ein Telegramm des Sekretärs der arabischen Exekutive, in dem der früher gestellte Antrag, von der UN-Vollversammlung erhört zu werden, zurückgezogen wird. In der Erklärung heißt es, daß die Zurücknahme des Antrags aus Protest gegen die bevorzugte Behandlung der Jewish Agency erfolge, die eine fremde Gemeinschaft und eine „aufgebürdete Minderheit" vertrete.

Auflösung der zentraleuropäischen Inland-Transport-Organisation beschlossen

Genf, 7. Mai (DENA-Reuter). Der Wirtschaftsausschuß der Vereinten Nationen für Europa beschloß am 6. Mai, die zentraleuropäische Inland-Transport-Organisation bis zum 27. September, dem Stichtag für die Beendigung der Arbeiten, mit denen diese Organisation beauftragt worden war, aufzulösen.

Marshall zum Palästina-Problem

Washington, 7. Mai (ap) Dreißig Abgeordnete des Repräsentantenhauses hatten Außenminister Marshall schriftlich gebeten, er möge den Standpunkt des Staatsdepartements in der Frage der Palästina-Verhandlungen klarlegen. Der Minister erwiderte ihnen in einem Schreiben am 6. Mai, daß seiner Auffassung nach der Untersuchungsausschuß der UN für Palästina aus Vertretern von zehn Staaten bestehen müßte.

Marshall stellte fest: „Unseres Erachtens müßte der Ausschuß einen neutralen Charakter haben, so daß seine Mitglieder dieses verwickelte Problem vorurteilslos und sachlich prüfen können."

Marshall war der Ansicht, daß es von der USA-Regierung voreilig wäre, ein bestimmtes Verfahren nach dem britischen Vorschlag für die Arbeitsweise des Ausschusses festzulegen, weil dies seine Handlungsfreiheit beeinträchtigen würde.

Der republikanische Abgeordnete des Repräsentantenhauses äußerte sich zu dem obigen Schreiben Marshalls wie folgt: „Aus dem Brief des Außenministers geht hervor, daß die USA-Regierung in bezug auf Palästina heute keine bestimmte Politik verfolgt und offenbar nicht die Absicht hat, einen bestimmten Standpunkt einzunehmen, ehe die reguläre Septembertagung der UN beginnt."

Frankreich und die Zonenvereinigung

Wirtschaftlicher Zusammenschluß auch mit französischer Zone wahrscheinlich

Stuttgart, 7. Mai (ap). Von Richard O'Regan, Korrespondent der ap. In Stuttgart verlautete am 4. d. Mts., daß demnächst die französische Besetzungszone sich vielleicht doch enger an die beiden anderen Westzonen anschließen werde.

Wie man von deutschen Amtsstellen in Stuttgart erfährt, hat ein Vertreter der französischen Militärregierung in Baden-Baden vor der deutschen Presse in der vergangenen Woche die Ansicht geäußert, man könne für Anfang Mai mit einem britischen oder amerikanischen Schritt rechnen, den wirtschaftlichen Zusammenschluß auch auf die französische Zone auszudehnen.

Viel mehr als Vermutungen in dieser Richtung liegen zwar bisher nicht vor. Man sieht es indessen nicht als einen Zufall an, daß der Stuttgarter Verbindungsoffizier der französischen Militärregierung, bei der Ansprache Clays vor den Ministerpräsidenten am 6. ds. Mts. zugegen sein wird. Der Offizier ist bisher nämlich nur einmal auf der allmonatlich stattfindenden Sitzung des Länderrats anwesend gewesen. Er erklärte: „Die französische Militärregierung in Baden-Baden ist durchaus an einer engeren wirtschaftlichen Bindung an die anderen Zonen interessiert"

Deutsche Verwaltungsstellen haben sich in den letzten Wochen eingehend mit der juristischen Seite einer solchen Zonenverschmelzung befaßt. Sie erörterten die sich daraus ergebenden Transportprobleme, die Frage der einheitlichen Regelung der Entnazifizierung und eine dadurch möglich werdende gemeinsame Verwaltung der Länder Württemberg und Baden, die jetzt teils der französischen und teils der amerikanischen Zone unterstehen.

Dauernde Teilung Deutschlands wäre das Schlimmste

General Draper zur Moskauer Konferenz

Berlin, 7. Mai (DENA). Die dauernde Teilung Deutschlands sei das Schlimmste, was sich als Folge der Moskauer Konferenz ereignen könnte, erklärte der Wirtschaftsberater des amerikanischen Militärgouverneurs für Deutschland, General William H. Draper, am 6. Mai vor dem „Amerik. Frauenklub" in Berlin.

In Moskau habe sich gezeigt, daß alle Fragen, die sich auf die wirtschaftliche und politische Einheit Deutschlands bezogen, mit der sowjetischen Forderung von Reparationen aus der laufenden Produktion im Werte von zehn Milliarden Dollar innerhalb der nächsten zwanzig Jahre verbunden waren. Diese Forderung sei von der amerikanischen Abordnung als unannehmbar angesehen worden, da eine solche Reparationsleistung für die deutsche Wirtschaft untragbar sei. Aus der Produktion des Ruhrgebietes könnten alle für Deutschland lebensnotwendigen Einfuhren bezahlt werden.

General Clay im Länderrat: „Ernährung nach wie vor wichtigstes Weltproblem"

Die Gewerkschaftsforderungen entsprechen demokratischen Grundsätzen — Entnazifizierung wesentlich fortgeschritten

Stuttgart, 7. Mai (DENA). Der amerikan. Militärgouverneur für Deutschland, General Lucius D. Clay, sprach hier am 6. d. Mts. in der 20. Sitzung des Länderrates über Fragen der Ernährung, der Produktion und der Erziehung.

Er sei davon überzeugt, so führte der General aus, daß noch nicht alles getan sei, um eine restlose Erfassung aller Lebensmittel durchzuführen. Nach wie vor stelle die Ernährung ein kritisches und wichtiges Weltproblem dar. Alle Versuche, Fett einzukaufen, seien bisher gescheitert. In Deutschland sei eine letzte große Anstrengung für die Frühjahrsbestellung und im Gartenbau notwendig.

Es sei zwar verständlich, daß unter der gegenwärtigen Preiskontrolle wenig Güter auf dem freien Markt erschienen. Man wisse, daß diese z. T. zurückgehalten würden, um einen höheren Preis zu erzielen. Das Ergebnis sei eine ungerechte Verteilung, eine Bevorzugung weniger und eine unzureichende Verfügbarkeit auf dem freien Markt.

Vorschläge für neues Erziehungssystem

Der General sprach sich zustimmend zu den von den Ländern Württemberg-Baden und Hessen eingereichten Vorschlägen für ein neues Erziehungssystem aus. General Clay empfahl den für Bayern verantwortlichen Männern, an den Sitzungen der Kultusminister der beiden anderen Länder im Länderrat teilzunehmen.

500 000 Dollar für die Wirtschaft

In einer Stuttgarter Pressekonferenz erklärte General Clay: „Wenn die Gewerkschaften scharfe Maßnahmen fordern, um eine restlose Erfassung der deutschen Lebensmittel sicherzustellen, so widerspricht dies in keiner Weise demokratischen Grundsätzen, da der größte Teil des Volkes mit solchem Vorgehen durchaus einverstanden sein würde".

Zur Frage eines Pressevertreters, ob Bestrebungen im Gange seien, die französische Zone mit den beiden anderen westlichen Zonen zu vereinigen und ob trotz der offensichtlichen Zurückhaltung der Franzosen Aussicht hierfür bestünde, antwortete General Clay, er hoffe es. Er sei der Meinung, daß selbst eine gewisse wirtschaftliche Belastung, die mit einem solchen Zusammenschluß verbunden sei, den Vorteil nicht aufwiegen würde, der allein in der Tatsache liege, daß wieder ein weiterer großer Teil der Deutschen zusammengefunden habe.

Der General gab seiner Befriedigung über eine große verwaltungsmäßige Verbesserung in der Durchführung der Entnazifizierung Ausdruck, die vor allem aus der schnelleren Benachrichtigung der Entlasteten und Nichtbetroffenen ersichtlich sei.

500 000 Dollar ständen der Wirtschaft der britischen und der amerikanischen Zone monatlich für den Einkauf von Papier zur Verfügung, erklärte General Clay weiter. Daraus sei ersichtlich, welche große Bedeutung der deutschen Presse von der Militärregierung zugemessen werde.

„Es ist noch nicht alles getan worden"

Vor dem Zonenbeirat in Stuttgart erklärte Clay am 6. ds. Mts. u. a.: Unter den deutschen Bauern herrsche „Widerstand" gegen eine Mitarbeit an der Lösung der deutschen Ernährungsfrage.

Er sei „nicht überzeugt", daß das äußerste zur Ablieferung der Nahrungsmittel getan würde, und forderte von den deutschen Verwaltungsstellen die Verschärfung der Ablieferungs-Gesetze.

Bildung von Wirtschaftsräten erörtert

In einer Besprechung mit deutschen Gewerkschaftsführern sagte der General am 6. d. Mts. in Stuttgart: „Von seiten der Militärregierung werden die größten Anstrengungen unternommen, die Ernährungskrise zu überwinden. England und Amerika haben je 300 Millionen Dollar für den Zeitraum eines Jahres zum Einkauf von Lebensmitteln für Deutschland vorgesehen". Es sei jedoch auf dem Weltmarkt zur Zeit schwer, die zugesagten Waren zu erhalten. Für den Import von Rohstoffen nach Deutschland seien außerdem 100 Millionen vorgesehen, allerdings unter der Bedingung, daß sie restlos für die Herstellung von Exportartikeln Verwendung fänden. Wenn diese Rohstoffeinfuhren in der deutschen Wirtschaft eingesetzt würden, so könnten sie in einem Jahr in Exportgüter im Werte von 500 Millionen Dollar verwandelt und damit als Zahlungsmittel für die Nahrungsmittellieferungen des Auslandes verwendet werden.

Zu den Forderungen der Gewerkschaften auf Bildung von Wirtschaftsräten sagte der amerikanische Militärgouverneur, die Militärregierung erwäge zur Zeit diese Angelegenheit und sei nicht abgeneigt, solchen Wirtschaftsräten nicht nur eine beratende, sondern auch in gewissem Umfang eine verwaltende Tätigkeit zuzuerkennen.

„Politische Anleihe" an Frankreich?

New York, 7. Mai (DENA-INS). Henry A. Wallace, der frühere amerikanische Handelsminister, erklärt in der Mittwoch-Ausgabe seiner Zeitschrift „New Republic", er glaube, daß die Vereinigten Staaten planten, Frankreich eine „politische Anleihe" anzubieten, die dem Hilfsprogramm Präsident Trumans für Griechenland und die Türkei gleiche.

Vor zwei Jahren kapitulierte Deutschland

8. Mai 1945 - denkwürdigstes Datum der deutschen Geschichte

Mitten in dem von Krisen aller Art überschatteten Leben des Durchschnittsdeutschen sehen wir auf den Kalender: 8. Mai, Tag der bedingungslosen Kapitulation, ein wahrhaft denkwürdiges Datum! Also vor zwei Jahren hörte das Blutvergießen auf, begann die große Pause zwischen Krieg und Frieden, die jetzt noch andauert, und wer weiß, wie lange noch. Das bedeutete das vorläufige Erlöschen der politischen Eigenständigkeit der großen mitteleuropäischen Nation und ihr Versinken in politische Ohnmacht weit hinter die Zustände nach dem Dreißigjährigen Krieg. Millionen junger Deutscher marschierten in Kriegsgefangenschaft, das ehemalige Reichsgebiet wurde bis in das kleinste Dorf von alliierten Truppen besetzt. Viele fühlten, zum erstenmal vielleicht, die unbarmherzige Wucht des Krieges, die Folgen der Untat des von einem großen Teil des Volks so enthusiastisch gefeierten Scharlatans.

Es vollzog sich alles ganz anders als im Jahr 1918. Es gab damals mutige Republikaner, die den verlorenen Krieg rechtzeitig liquidierten und der Heimat das ersparten, was sie nunmehr durch das verantwortungslose Treiben der Vernichtungspolitiker bis zur Neige des Leidenskelches zu ertragen hat. Der Bumerang des totalen Krieges traf seine Schöpfer, auch nachdem der Lärm der Waffen verstummt ist. An einem solchen Tag ist es nötig, an den Ausgangspunkt unseres neuen Daseins zu erinnern. Als die staatliche Ordnung zerbrochen war, herrschten chaotische Zustände, noch nicht das Chaos. Der Verkehr ruhte; die Lebensmittelversorgung war in ihren Fundamenten zerstört, die Schulen und Fabriken schlossen ihre Pforten, das wirtschaftliche Leben war erstorben, die partielle Abrechnung mit den wirklich Schuldigen begann, die Einheit des Reiches war verspielt, unser agrarisches Versorgungsgebiet im Osten der polnischen Verwaltung eingegliedert. Alles das und noch viel mehr dazu Resultate jener fürchterlichen geistigen Abirrung der Deutschen in die Sphären des machtpolitischen und militaristischen Zweckmäßigkeitsdenkens, das mit Hilfe einer feilen Intelligenzschicht von den Nazis bis zur restlosen geistig-seelischen Verkümmerung emporentwickelt wurde.

Trotz alledem: Das deutsche Volk blieb gegen den Willen seiner Verführer am Leben und begann, sich mühselig wieder aufzurichten. Die Apparatur des äußeren Lebens wurde notdürftig wieder in Gang gesetzt, die Kultur- und Erziehungsinstitute neu belebt, die Parteien als Willensträger des Volkes geschaffen, demokratische Verfassungen begründet, im einzelnen manche bewunderungswürdige Aufbauleistung vollbracht. Die Deutschen wissen, daß sie in der Geschichte und in der Verantwortung stehen und sind bereit, für sich und die europäische Zukunft Opfer zu tragen, aber sie hoffen auf einen sinnvollen Einsatz ihrer Produktionskraft, die mehr in ihren Fertigkeiten und geistigen Fähigkeiten als in der technischen Apparatur besteht. Nicht nur sie, Europa und die Welt hätten den Nutzen davon. Inzwischen bleibt ihnen aufgegeben, im Zustand des Hungers und der tagtäglichen Provisorien jene echte innere Revolution zu vollziehen, die in der Verlebendigung des guten Willens unbeschränkter Hilfsbereitschaft den andern gegenüber geschieht. Dann hätten sie trotz aller Lasten die innere Freiheit errungen und den geschichtlichen Sinn des 8. Mai 1945 begriffen. W. B.

Die Krisis ist überstanden

General Keating zum Jahrestag des Sieges

Berlin, 7. Mai (DENA). „Die Krisis ist überstanden. Wenn Deutschland bereit ist, sich selbst zu helfen, kann das deutsche Volk große Hoffnungen auf eine bessere Zukunft setzen", erklärte der stellvertretende amerikanische Militärgouverneur für Deutschland, General Frank A. Keating am Mittwoch einem DENA-Vertreter anläßlich des zweiten Jahrestages des alliierten Sieges über Deutschland.

IG arbeitete für die Wiederaufrüstung

400 000 Mark Unterstützung für Hitlers Kriegspolitik

Nürnberg, 7. Mai (DENA). Die Tätigkeit der IG fiel so ausschließlich in den militärischen Bereich, daß am 2. September 1935 der kaufmännische Ausschuß des Vorstandes der IG es für notwendig hielt, in Berlin eine militärische Vermittlungsstelle W zu schaffen. Zweck der Vermittlungsstelle W war der „Aufbau einer straffen wehrwirtschaftlichen Organisation, die sich reibungslos in die bestehende Gliederung der gesamten IG, sowie die der einzelnen Werke einfügt." Diese Maßnahmen waren außerordentlich weitgehend und bezogen sich auf die gesamte Tätigkeit der IG, die mit der Wiederaufrüstung im Zusammenhang stand, einschließlich Erzeugung, Produktionsaufträge, Patente, Forschungsarbeiten und Versuche auf militärischem Gebiet. 1935 begannen die IG-Werke detaillierte Pläne für Kriegsfabrikation und Mobilisation vorzubereiten. Drastische Geheimhaltungsmaßnahmen wurden auf Anordnung des Reichskriegsministeriums in bezug auf alle Kriegsfabrikation in den IG-Werken, einschließlich der Giftgasproduktion, erlassen.

„Die gesamte Industrie war hinter uns"

Am 20. Februar 1933 trafen der Angeklagte von Schnitzler als Vertreter der IG und andere leitende Vertreter der deutschen Industrie mit Hitler in Görings Haus in Berlin zusammen. Hitler brachte seine Absicht zum Ausdruck, die Macht gewaltsam zu ergreifen, wenn er sie nicht durch Wahlen gewinnen würde. Wenn man Pazifismus verwerfe, müsse man unverzüglich eine andere Idee an seine Stelle rücken. Man stände jetzt vor der letzten Wahl. Gleichgültig, wie ihr Ergebnis sei, es gäbe keinen Rückfall mehr. Es gäbe nur zwei Möglichkeiten, entweder den Gegner auf den Boden der Verfassung zurückzubringen — dazu diene die Wahl — oder ein Kampf würde mit anderen Waffen geführt werden, der größere Opfer fordere.

Anschließend ersuchte Göring um Geld und sagte, daß das erbetene Opfer der Industrie leichter fallen würde, wenn sie wüßte, daß die Wahl am 5. März sicherlich die letzte innerhalb von 10 Jahren, voraussichtlich aber in hundert Jahren sei.

Die IG entsprach dem Ersuchen um Hilfe mit einem Geschenk von 400 000 Mark. Die finanzielle Unterstützung, die dem Nationalsozialismus damit zuteil wurde, veranlaßte Göring zu der Feststellung: „Wir hatten bei dieser Wahl die gesamte Industrie hinter uns."

Im Telegrammstil

Washington. „Die Schwäche und Unbestimmtheit des Potsdamer Abkommens stellte die Basis für viele Differenzen dar, die nun zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten bestehen", erklärte am 5. d. Mts. der republikan. Präsidentschaftskandidat Harold E. Stassen. (DENA-INS)

Washington. Der amerikanische Außenminister George C. Marshall setzte sich am 6. d. Mts. vor dem Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten für die Ratifizierung des italienischen Friedensvertrages ein. (DENA-Reuter)

London. Zu dem britisch-polnischen Finanzabkommen und der Frage der Repatriierung der in England befindlichen Polen nahm Außenminister Bevin am 5. d. Mts. im Unterhaus Stellung. Dieses Abkommen werde die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen beider Staaten sehr erleichtern. (ap)

London. Die Vollstreckung der Todesurteile an Thomas Ley, dem ehemaligen Justizminister für Neu-Südwales und Lawrence John Smith, die wegen des Mordes an einem Kellner in Chalkpit verurteilt waren, wurden vom britischen Innenministerium aufgeschoben. Es wurde empfohlen, Ley in eine Irrenanstalt einzuweisen und Smith zu lebenslänglicher Strafarbeit zu verurteilen. (DENA-Reuter)

London. Das britische Kolonialministerium gab am 3. d. Mts. bekannt, daß eine britisch-französische Kolonialkonferenz vom 19.—26. Mai in Dakar abgehalten wird. (ap)

Paris. Drei französische Journalisten, die während der deutschen Besetzung für die Wochenzeitschrift „Je suis partout" arbeiteten, wurden am 5. d. Mts. von einem Pariser Gerichtshof zum Tode verurteilt. (DENA-Reuter)

Paris. Der sozialistische Nationalrat entschied am 6. d. Mts. in einer Abstimmung mit 2529 gegen 2125, daß die Regierung Ramadiers ohne Beteiligung der Kommunisten weiter im Amt verbleiben soll. (DENA-Reuter)

Moskau. Die Idee eines „Sicherheitswalles" gegen die Sowjetunion vom Iran durch die Türkei und den Balkan bis nach Osteuropa wird in der Türkei erörtert. (DENA-INS)

Wien. Arbeiter mehrerer Wiener Betriebe traten am 6. d. Mts. in den Sitzstreik und erwarteten die Entscheidung der Gewerkschaften über einen Generalstreik. Die Demonstranten trugen Schilder mit der Aufschrift: „Nieder mit der Hungerregierung". (DENA-Reuter)

Trier. Bei der Einweihung des Karl-Marx-Hauses am 5. d. Mts. in Trier waren Delegationen der französischen, britischen, rumänischen, luxemburgischen, norwegischen und italienischen Sozialisten vertreten. Die sozialistischen Parteien Schwedens, Dänemarks und der Vereinigten Staaten hatten Glückwunschtelegramme gesandt. (DENA)

Athen. Vertreter des internationalen Roten Kreuzes werden auf Grund von Verhandlungen mit der griechischen Regierung, wie hier am Montag bekanntgegeben wurde, ihre Tätigkeit unter den 15 000—20 000 politischen Deportierten und Gefangenen des Guerillakrieges aufnehmen dürfen. (DENA-Reuter)

Istambul. Der Präsident der türkischen Republik, Ismet Inonue, traf hier am 5. d. Mts. unvermutet aus Ankara ein und empfing Vizeadmiral Bernhard H. Bieri, den Chef der gegenwärtig in türkischen Gewässern befindlichen amerikanischen Flotteneinheiten. (DENA-Reuter)

Nanking. Die chinesischen Kommunisten haben im Verlaufe ihrer erfolgreichen Offensive in der nordchinesischen Provinz Shansi die Stadt Yung-Cheng, eine der wichtigsten Basen der Regierungstruppen eingenommen und sind bis in die Vororte der Provinzhauptstadt Tai-Yuan vorgedrungen. (DENA-Reuter)

Tokio. Vertreter buddhistischer, christlicher und von Shinto Glaubensgemeinschaften kamen am 4. d. Mts. in Hongan zusammen, um über einen allgemeinen religiösen Frieden in Japan zu beraten. (DENA-OANS)

München. Ministerpräsidenten aller deutschen Länder für 6. und 7. Juni vom bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Ehard nach München eingeladen. (DENA)

Tübingen. In Süd-Württemberg werden ab 1. Juni Parteiblätter zugelassen, wie auf einer Konferenz der Leiter der vier Parteien in der französischen Zone und der Informationsabteilung der Militärregierung am Montag beschlossen wurde. (DENA)

Menschenhaut wurde im KZ tätowiert

Neue Grausamkeiten aus Buchenwald kamen ans Tageslicht

Dachau, 7. Mai (DENA). Im Prozeß gegen die 31 SS-Wachmannschaften, Ärzte, Kapos und Ilse Koch, die Frau des ersten Kommandanten des ehemaligen Konzentrationslagers Buchenwald, legte der tschechoslowakische Physiker Dr. Kurt Sitte dem amerikanischen Militärgericht am 18. v. Mts. zwei Schrumpfköpfe ehemaliger Gefangener vor, die er während seiner eigenen Häftlingszeit in der Pathologie des Konzentrationslagers Buchenwald vorgefunden hatte.

Hundert Stücke dieser Art seien während seiner Arbeitszeit in der Pathologie hergestellt worden. Auf eine Frage des Anklägers bestätigte der Zeuge die Echtheit der vorgelegten Präparate. Das u. a. vorgelegte größere Stück einer Menschenhaut hat den Umfang von 44 mal 38 Zentimeter und stellt die Haut einer männlichen Brust dar, an der die Brustwarzen und der Nabel zu sehen sind. Über die Gesamtfläche dieses Stückes Menschenhaut sind in bunten Farben Drachen auftätowiert. Auf dem kleineren Stück der menschlichen Haut ist der Kopf einer Frau und eines Matrosen mit einem Anker tätowiert.

Kesselring zum Tode verurteilt

Venedig, 7. Mai (DENA-dpd). Der ehemalige Feldmarschall Albert Kesselring wurde am 6. d. Mts. zum Tode durch Erschießen verurteilt.

Lidice-Henker hingerichtet. Prag, 7. Mai (ap). Der Gestapo-Führer Harald Wiesmann, der für den Massenmord in Lidice verantwortlich war, wurde am 24. April wenige Stunden nach Verkündung des Todesurteils mit den übrigen 5 zum Tode Verurteilten des Lidice-Prozesses gehenkt.

Schulreform vom Länderrat diskutiert

Ziel ist die Einheitsschule — Parlamentarischer Beirat gebilligt

Stuttgart, 7. Mai (DENA). Die differenzierte Einheitsschule mit einer sechsjährigen gemeinsamen Grundstufe und mehreren, den verschiedenen Begabungsrichtungen entsprechenden Schulzweigen von der siebenten Klasse an bezeichnete der Sonderausschuß für Kulturpolitik beim Länderrat in Stuttgart in seiner Montagsitzung als Ziel der Schulreform.

Die Mehrzahl der Ländervertreter hielt die Ausdehnung der Schulzeit auf ein neuntes bzw. dreizehntes Jahr für wünschenswert. Bei der Erörterung von Hochschulfragen wurde es als notwendig erachtet, die Selbstverwaltung der Universitäten wiederherzustellen. Die qualitative Auslese der Studenten sei bei dem derzeitigen Andrang an den Hochschulen zu fördern.

Die Militärregierung hat die Schaffung des parlamentarischen Beirates gebilligt, gab der Generalsekretär des Länderrates, Erich Roßmann, in der Sitzung des Beirates am Montag bekannt.

Die 20. Tagung des Länderrates wurde hier am Dienstag durch den stellvertretenden hessischen Ministerpräsidenten Dr. Werner Hilpert eröffnet.

Der Entwurf eines Gesetzes über die Beschäftigung Schwerbeschädigter wurde mit vom parlamentarischen Rat gewünschten geringfügigen Änderungen vom Länderrat angenommen. Zur Frage einer Warenverkehrsordnung legte der parlamentarische Rat eine Stellungnahme vor, in der erneut die bald mögliche Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit Gesamtdeutschlands als Grundbedingung für die Erhaltung der physischen Lebensfähigkeit des deutschen Volkes angeführt wird.

McNarney zur Frage der interzonalen Differenzen in Europa

New York, 7. Mai (DENA-INS) General Joseph T. McNarney, der neuernannte Vertreter der amerikanischen Luftstreitkräfte beim Generalstabs-Ausschuß der Vereinten Nationen erklärte am 6. Mai in einer Pressekonferenz, daß die vom Weltsicherheitsrat geplante Weltstreitmacht nie so stark sein könne, um eine Großmacht zu besiegen, die einen Angriffskrieg beginne.

Zur Frage der interzonalen Differenzen in Europa und der augenscheinlichen Spaltung zwischen Osten und Westen erklärte McNarney, eine Einigung mit der Sowjetunion hätte im Jahre 1945 in allen Fragen erreicht werden können, wenn nicht Frankreich durch seine kompromißlosen Forderungen hinsichtlich des Rheinlandes und Ruhrgebietes die Verhandlungen auf ein totes Gleis gebracht hätte.

Brot- und Fleischabzug

Karlsruhe, 7. Mai (DENA). Die Brotration für Erwachsene für die 101. Zuteilungsperiode ist von 6000 Gramm auf 5000 Gramm gekürzt. Desgleichen die Fleischration von 600 auf 400 Gramm. Es dürfen also nicht beliefert werden der Brotabschnitt über 1000 Gramm der vierten Woche der Lebensmittelkarten 11, 21, 31. Desgleichen die Fleischabschnitte der zweiten und dritten Woche über 100 Gramm der Lebensmittelkarte 11 und 21.

Kurz beleuchtet

Delegierte von 56 Nationen sind in Flushing Meadow bei New York zu einer Sitzung zusammengetreten, die ausschließlich dem Palästina-Problem gewidmet ist. Die Engländer und Amerikaner beabsichtigen mit Hilfe einer noch zu bestimmenden Kommission Tatsachen zu finden, die neues Licht auf diese verworrene Frage werfen sollen. Die Araber dagegen versuchen, vielleicht mit Hilfe der Sowjetrussen, eine Entscheidung über die Zukunft Palästinas durch eine vorzeitige Beendigung des britischen Mandats herbeizuführen. Die Entscheidung hängt natürlich eng von den Ölinteressen ab, die sowohl die Anglo-Amerikaner als auch die Sowjetrussen im Vorderen Orient haben. So klar die Antwort auf die jüdischen Forderungen nach einer Heimstatt in Palästina vom menschlichen Standpunkt sein sollte, so verwirrt ist sie durch den Einspruch der arabischen Staaten geworden, dessen Gewicht sich England nicht entziehen kann. Die jüdischen Geheimbünde haben durch fortgesetzten Terror einen Druck auf England ausüben wollen, endlich nachzugeben. Damit haben sie nicht nur verschärfte Maßnahmen des englischen Oberbefehlshabers in Palästina, sondern auch die ausdrückliche Ablehnung ihrer Gewaltmethoden durch die Jewish Agency hervorgerufen. Diese will nun durch die Presse und systematische Erziehung der Jugend in Palästina den aufgestauten Hass gegen die Engländer beseitigen. Das wäre ein Plan, der, wenn auch erst in weiter Zukunft mehr Erfolg bringen wird, als Bomben und Morde aus dem Hinterhalt. H. B.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Stadtrat im Schuttexpreß

Es war ein einmaliges, köstliches Bild, als am vergangenen Montag das gesamte Stadtratskollegium mit dem Herrn Oberbürgermeister und den Herren Bürgermeistern an der Spitze Ecke Kaiser- und Waldstraße in den mit Maiengrün geschmückten Schuttexpreß „verladen" wurde. Zwar nicht mit den Greifern der schweren Demag-Bagger, aber mittels einer rasch gezimmerten Holztreppe, auf der die Stadtväter vorsichtig in die luftigen Schuttwägelchen einstiegen und hier auf Gartenstühlen Platz nahmen. Zu einem „Maiausflug" in den Karlsruher Frühling, der sich zu beiden Seiten des über 7 km langen Schienenweges der Schuttbahn vom Schloßplatz und Botanischen Garten, an der Hildapromenade vorüber, durch das Kleingartendorado an der Alb bis nach Daxlanden üppig entfaltet hat und mit einem barmherzigen Schleier aus Blättern und Blumen die traurigen Ruinen ringsum zu verhüllen sich allerdings vergebens müht; denn der klaffenden Lücken und gähnenden Trümmer sind es zu viele, um sie alle hinter dem Grünen und Blühen des Lenzes zu verstecken. Dazu rieselte ein feiner Regen aus einem tiefhängenden, finstergrauen Gewölk, der eine solche Fahrt zu einem recht zweifelhaften Vergnügen machte. Um dieses beneidete eigentlich nur die Schuljugend, die da und dort mit freudigem Hallo den stadträtlichen Schuttexpreß begrüßte und selbst gern mitgefahren wäre, die Stadtväter, während die Erwachsenen mit einem „bedeutungsvollen" Schmunzeln Start und Fahrt des mit einer so seltenen und originellen Fracht beladenen Schuttexpresses begleiteten. Vielleicht sah mancher der Stadträte bei dieser Gelegenheit erst einmal richtig, was in der Schuttbeseitigung und Entrümmerung von Karlsruhe durch die AAK und den freiwilligen Ehrendienst schon geleistet wurde, und was noch zu tun bleibt, bis Karlsruhe vom Bombenschutt des Krieges restlos befreit ist. Wenn übers Jahr die Geleise der Schuttbahn von ihrer heutigen Nordroute nach der Südroute (durch die Sofienstraße) umgelegt sein werden, dann ist die Hälfte der Arbeit getan, der nördliche Teil von Karlsruhe „entschuttet", und die Niederung bei Daxlanden um ein Beträchtliches weiter aufgefüllt dank dem Einsatz Tausender von Karlsruhern, die ihre Stadt lieben und ihr wieder zur früheren Schönheit verhelfen wollen. L. A.

★

Keine Postwertzeichen in Auslandsbriefen. Nach den Devisenbestimmungen ist es verboten, ungebrauchte kursfähige, deutsche und ausländische Briefmarken, darüber hinaus auch nicht mehr kursfähige und gebrauchte deutsche sowie ausländische Briefmarken (sowohl lose wie auch auf Briefumschlägen) nach dem Ausland zu versenden.

KURZE STADTNOTIZEN

Zweigstellen des W.A. bei den Bezirksstellen. Um den Wünschen der Bevölkerung gerecht zu werden, errichtet das Städt. Wirtschaftsamt ab 19. Mai 1947 Zweigstellen bei den Bezirksstellen. Zur Durchführung der erforderlichen Organisationsänderungen bleiben die Schalterräume des Städt. Wirtschaftsamtes für Spinnstoffe, Schuhe und Haushaltartikel vom 12. bis 17. Mai 1947 geschlossen. Ausgabe der Antragsvordrucke erfolgt ab 19. Mai bei den Zweigstellen. Über die Art der Ausgabe wird die Bevölkerung im Laufe der kommenden Woche durch die Presse unterrichtet.

Schaffung eines Flüchtlingsbeirats. Die Flüchtlingsfrage ist kein Gebiet der Parteiagitation, denn die Not der 13 800 Neubürger in Karlsruhe verlangt aus menschlichem Verständnis zur Behebung der bestehenden Zustände. Dies kam in einer Sitzung des Parteivorstandes der SPD Karlsruhe zum Ausdruck. Der Referent der SPD für das Flüchtlingswesen, Herr Schmidt, legte die berechtigten Ansprüche der Neubürger dar. Die anwesenden Landtagsabgeordneten und Stadträte berichteten über die bereits durchgeführten Maßnahmen. Durch die Schaffung eines Flüchtlingsbeirates im Rahmen der Partei, der aus Neubürgern und erfahrenen Funktionären zusammengesetzt ist, wird eine noch engere Verbindung hergestellt werden, um die Eingliederung der Flüchtlinge zu beschleunigen.

Handel mit Kraftfahrzeugen. Die am 5. Mai in Kraft getretene Verordnung Nr. 13 der amerikanischen Militärregierung für Deutschland untersagt amerikanischen Staatsangehörigen, Geschäftsabschlüsse über Kraftfahrzeuge mit nichtamerikanischen Partnern zu tätigen. Auch ist der Verkauf oder der Handel mit Kraftfahrzeugen, die sich noch nicht 6 Monate im Bereich der US-Besatzungszone befinden, verboten. Verstöße werden von Gerichten der amerikanischen Militärregierung geahndet.

Der Industrieverband „Nahrung und Genuß" lud die Hotel- und Gastwirtsangestellten am 5. Mai zur Maifeier ein. Es war eine lustige Gesellschaft, die sich nach Dienstschluß um Mitternacht im Café „Palais" zusammenfand. Nach einer Rede des Gewerkschaftsvertreters Seib über die Ziele der Gewerkschaft fand zur Deckung der Unkosten unter reger Teilnahme aller Anwesenden eine sogen. amerikanische Versteigerung von echten Majolika-Erzeugnissen statt. Oberkellner Frei, den man mit der Inszenierung des Abends betraut hatte, wußte, was er seinen Gästen schuldig war. Eine schmissige Kapelle und reizende Chansons der schönen Charlotte Franklin sorgten für eine anhaltend gute Stimmung. -ll

Ein buntes Frühlingsfest veranstaltete am 3. 5. der Ludwig Baumann-Chor (ehemals Gesangverein Junker & Ruh) im Saal der Gaststätte „Bavaria". Mitwirkende waren Hildegard Kimmel (Sopran), Ehrenchormeister Franz Müller, der Chor des Vereins, Adolf Rapp, die Kapelle Grund. Der fruchtbare Einfluß des Chorleiters Müller, dem an diesem Abend für seine 25-jährige aktive Tätigkeit im Verein durch Vorstand Blei die gebührende Ehrung zuteil wurde, kam in den vorgetragenen Liedern des Männerchors erneut zur Geltung. Dazwischen sang Hildegard Kimmel bekannte Chansons und sorgte für die nötige Frühlingsstimmung, während die Kapelle Grund ihr Möglichstes tat, die Tanzpaare in Schwung zu halten. -ll

Deutsche Friedensgesellschaft wieder in Tätigkeit. Die Deutsche Friedensgesellschaft — Bund der Kriegsgegner — hat nach 14-jähriger zwangsweiser Unterbrechung ihre Tätigkeit wieder aufgenommen. Die neugegründete Ortsgruppe Karlsruhe hält am Freitagabend, 9. Mai, 20 Uhr, im „Roten Haus" ihre erste Mitgliederversammlung ab.

Schau-Turnen der Tsch 1846 Durlach. Die Turnerschaft Durlach veranstaltete am Sonntag in der Festhalle zu Durlach ihr traditionelles Schau-Turnen. Ausschnitte aus den Übungsstunden, angefangen bei den Kleinsten bis zu den Aktiven, gaben Einblick in ein vielseitiges Arbeitspensum, das von den Ausführenden durch Anmut und Können unterstrichen, reichen Beifall fand. Vor allem die Barren- und Ringübungen der Turner neben dem Spiel mit den Reifen der Turnerinnen gaben der Veranstaltung ihr besonderes Gepräge, die mit dem Schlußbild, das sämtliche Mitwirkende vereinte, einen würdigen Abschluß fand. S-v

Volkshochschule: Die Vortragsreihe von Dr. Gerhard Nestler „Einführung in die musikalische Formenlehre" beginnt erst Freitag, den 16. Mai, 18.30 Uhr. Die ausgefallene Stunde wird nachgeholt.

Vortrag. In der Technischen Hochschule findet am Donnerstag, 8. Mai 1947, 19.15 Uhr, im Redtenbacher-Hörsaal ein Vortrag statt. Es spricht Prof. Dr.-Ing. Kammüller über „Das Wort — Gedanken über die geistige Wesenheit des Menschen".

Vortrag. Auf Veranlassung der Frauengruppe spricht Frau Dr. Sanders, Referentin vom Landeswirtschaftsamt, am Freitag, 9. Mai, 19.30 Uhr, im Hörsaal 37 der Technischen Hochschule über unsere Kleidernöte im Rahmen der gesamten Textilversorgung.

Geburtstag. Am 9. 5. 1947 feiert Frau Christine Pütz Witwe, Baumeisterstr. 15, ihren 85. Geburtstag.

Bauer und Arbeiter Hand in Hand

Vertreter der Bauern und Gewerkschaften tagen gemeinsam in Karlsruhe

In der großen Bauernversammlung im Bonifatiussaal, die aus allen Gemeinden des Stadt- und Landkreises Karlsruhe besucht war, wurde der einstimmige Beschluß gefaßt, mit den Gewerkschaften gemeinsam die schwierige Ernährungslage zu meistern. Auch wurde dort eine Kommission bestimmt, die mit den Vertretern der Gewerkschaften zusammenkommen sollte, um diese wichtige Frage zu beraten. Unter dem Vorsitz des Amtsvorstandes Furrer fand nun am 5. Mai 1947 im Gasthaus zum „Salmen" eine wichtige Konferenz statt. Die einleitenden Referate wurden von dem Vorsitzenden des Kreisbauernvereins, Süß, und dem Vorsitzenden des ADGB Karlsruhe, Flößer, gehalten. Der erstere brachte zum Ausdruck, daß die Bauernschaft in Nordbaden in ihrer großen Mehrheit ihre Pflicht in der Ablieferung getan und an der jetzigen Ernährungskrise keine Schuld habe. Daß nicht alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse auf reellem Wege zu den Verbrauchern in die Stadt gelangen, liege daran, daß der Bauer, wenn er ein Hufeisen oder auch nur Hufnägel und andere Dinge von der Industrie benötige, diese nur erhalten könne, wenn er Lebensmittel zusätzlich abgebe. Hier sei der Hebel anzulegen. Der Bauer müsse die nötigen Maschinen und Geräte zu normalen Preisen zur Verfügung gestellt bekommen und zwar zur rechten Zeit. Dadurch würde der Schwarzhandel am besten ausgeschaltet.

Herr Flößer schilderte die Notlage der städt. Bevölkerung und wies nach, daß eben die am schlimmsten daran sind, die keine Zeit zum Hamstern haben oder mit Gegenwerten aufs flache Land hinauszugehen, um Gebrauchsgegenstände gegen Lebensmittel zu tauschen. Er forderte die Vertreter der Bauern auf, sich geschlossen dafür einzusetzen, daß die schwere Ernährungskrise in Bälde überwunden wird. Die Arbeiterschaft sei bei der heutigen Ernährung nicht in der Lage, intensiv zu arbeiten und die Produktion zu steigern. Ohne gegenseitige Solidarität sei es nicht möglich, die Krise zu überwinden. Auch die Gewerkschaften seien dafür, daß der Bauer mit den notwendigen Maschinen und landwirtschaftlichen Geräten auf ehrlichem und geradem Wege versorgt wird.

An die Ausführungen der beiden Redner schloß sich eine lebhafte Diskussion an. Auf Vorschlag wurde eine Kommission gewählt, die die nötigen Schritte bei den zuständigen Ämtern zu unternehmen hat. Folgende Entschließung wurde einstimmig angenommen:

Entschließung

Die am 5. 5. 1947 in Karlsruhe abgehaltene Konferenz, die sich aus Vertretern des Kreisbauernverbandes Kreis Karlsruhe, den Vertretern des Württ.-Bad. Gewerkschaftsbundes, Ortsausschuß Karlsruhe, der Stadtverwaltung, des Ernährungsamtes, Landkreis Karlsruhe und des Landwirtschaftsamtes Karlsruhe zusammensetzte, hat zu der gegenwärtigen, nahezu unerträglichen Ernährungs- und Wirtschaftslage Stellung genommen.

Nach eingehender Aussprache, bei der vor allem zum Ausdruck kam, daß jeder Zwiespalt zwischen Land- und Stadtbevölkerung bekämpft werden muß, kam die Konferenz zu der einmütigen Auffassung, daß nur in enger Zusammenarbeit zwischen Bauernschaft und Verbraucherschaft die gegenwärtige schwierige Lage gemeistert werden kann.

Als die vordringlichsten Maßnahmen, die als Sofortmaßnahmen gewertet werden müssen, wurden herausgestellt:

Mitwirkung und Mitbestimmung von Vertretern der genannten Organisationen. Die Mitbestimmung soll in allen Fragen, die die Konsumenten, wie die Produzenten betreffen, sofort zur Durchführung kommen.

Sofortige Kontrolle sämtlicher einschlägigen Eisenwarenhandlungen und sonstigen Geschäfte (Groß- und Kleinhandel) und Erfassung der dort gehorteten landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte. Sofortige Abgabe der erfaßten Maschinen und Geräte an die Landwirtschaft zu normalen Preisen.

Die Vertreter des Bauernverbandes und der Gewerkschaften fordern mit Recht unter Berufung auf die Demokratie die gleichen Maßnahmen gegen die produzierenden Fabriken, wie sie bei der Landwirtschaft zur Durchführung kommen, d. h. die gesamte Produktion der Industrie soll genau so erfaßt und planmäßig gelenkt werden, wie die Produktion der Landwirtschaft.

Sämtliche dem Staate zur Verfügung stehenden Machtmittel müssen sofort schärfstens eingesetzt werden zur Bekämpfung des Schiebertums u. Schleichhandels jeglicher Art. Entsprechende Maßnahmen sind auch bei der Eisenbahn und Post durchzuführen.

Die Konferenz beauftragt einen von ihr bestimmten Ausschuß mit der Überwachung der geforderten Maßnahmen.

Die Konferenz lehnt mit aller Entschiedenheit die bisher üblichen Kompensationsgeschäfte ab, an deren Stelle hat der reelle Handel zu treten.

Die landwirtschaftlichen Genossenschaften werden beauftragt, mit den Verbrauchergenossenschaften sofort in Fühlung zu treten.

Achtung Stromverbraucher!

Laut Mitteilung des Wirtschaftsministeriums müssen alle Stromverbraucher mit einem Anschlußwert von 25 kW und darüber einen genehmigten „Antrag auf Strombelieferung" (ENGINEER ELECTRIC POWER SERVICE FORM Nr. 1 oder APPLICATION FOR USE OF ELECTRICITY) mit Unterschrift der Militärregierung (Original oder Fotokopie) bei ihrem Zähler aufhängen, so daß er bei Kontrollen sofort greifbar ist.

Anträge auf den beim zuständigen Elektrizitätswerk erhältlichen Formblättern werden nur noch bis zum 15. d. M. vom Landeswirtschaftsamt (Energie-Referat Karlsruhe) zur Bearbeitung und Vorlage bei der Landesmilitärregierung angenommen. Strombezieher ohne vorschriftsmäßige Genehmigung sind auf Weisung der Militärregierung demnächst abzuschalten.

Es handelt sich bei dem Anschlußwert von 25 Kilowatt um solche Anlagen, die bei Einschaltung sämtlicher angeschlossenen Lampen, Motoren oder sonstigen Elektrogeräten einen stündlichen Verbrauch von 25 Kilowattstunden oder mehr erzielen würden. Es ist dabei ohne Belang, ob der tatsächliche Verbrauch wegen teilweiser oder zeitweiser Nichtbenützung der zur Anlage gehörigen Stromverbrauchsgeräte geringer ist. -Bhl-

Volksbücherei wieder im alten Heim

Die Wiederaufnahme der Tätigkeit der städtischen Volksbücherei wurde mit großer Freude entgegengenommen und schon am ersten Tage der Wiedereröffnung besuchten 71 Personen den Lesesaal und 173 Leser entliehen Bücher. Außerdem konnten 43 Neuanmeldungen an diesem Tage entgegengenommen werden. In kurzer Zeit wurde die Volksbücherei nach dem Einzug wieder instandgesetzt, trotzdem es keine Kleinigkeit war, das Auspacken und Einstellen der ca. 28 000 Bände zu bewerkstelligen. Aber in vorbildlicher Mehrarbeit hat das Personal der Volksbücherei es ermöglicht, Ausleihe- und Lesesaal einem durch die lange Zeit der Schließung ungeduldig gewordenen Publikum wieder zugänglich zu machen. Erfreulicherweise konnte über die Militärregierung in Hanau auch eine Zuteilung einer Schweizer Spende verzeichnet werden, über die bereits schon berichtet worden ist. Im Lesesaal liegen zur Zeit fast alle einschlägigen Zeitungen und periodischen Schriften auf, so daß nicht nur ein überaus reichhaltiger Bücherbestand zu verzeichnen ist, sondern das Bedürfnis der Interessenten nach Zeitungen dürfte ebenfalls befriedigt sein.

Wie wird das Wetter?

Warm. Vorhersage bis Freitagabend: Zunächst heiter, am Freitag aufkommende Neigung zu örtlichen Gewitterstörungen. Höchsttemperaturen um 26 Grad. Tiefsttemperaturen um 10 Grad. Schwachwindig.

Bad. Gewerbelehrer-Organisation gegründet

Gründungsversammlung des Verbandes der Lehrer an badischen Gewerbeschulen

Die Gründung des Verbandes der Lehrkräfte badischer Gewerbeschulen vollzog sich am 3. 5. in einem Festakt in der Aula der Gewerbeschule. Als Vertreter der Militärregierung waren Oberst Mead und Mr. Prof. Anderson, Stuttgart, ferner Landesdirektor Prof. Dr. Schnabel im Auftrag der Landesverwaltung, Oberbaurat Merz als Vertreter des Oberbürgermeisters, sowie Vertreter der Schulen und des Handwerks erschienen.

Mit einer Suite in B-Dur von Georg Friedrich Händel eröffnete das Collegium musicum unter der Leitung von Musikdirektor W. Rumpf die Gründungsversammlung. In der Begrüßungsansprache betonte Regierungsbaumeister Ebert, Aufbau und Arbeit seien heiligste Pflicht; dem badischen Gewerbeschulbund soll die frühere Bedeutung wiedergegeben werden, in der Hoffnung, daß Nord- und Südbaden wieder vereinigt würden.

Prof. Dr. Schnabel wies darauf hin, daß die badischen Gewerbeschulen in Deutschlands Geistesgeschichte immer führend gewesen seien. Die Kontrolle des Unterrichts durch die Praxis des Lebens bilde die Grundlage der Erfolge der Gewerbeschulen. Bei der kommenden Schulreform müßten die Gewerbelehrer die Schulfragen neben den Staatsfragen an erste Stelle setzen.

In seinem Referat schilderte Dr. Anderson von der Universität Minnesota die Erziehung der amerikanischen Jugend zum praktischen Leben. Wesentlich seien zwei Grundsätze, auf denen sich die Berufsberatung in Amerika aufbaue: Erstens: Die Einzelpersönlichkeit müsse Kenntnis davon erhalten, welche Auswahl in Berufen mit ihren offenen Stellen bestehe, und zweitens: die Einzelpersönlichkeit müsse über ihr eigenes Selbst belehrt werden, über die eigenen Fähigkeiten, Interessen und besondere Begabung, so daß sie selbst eine Auswahl treffen könne, die den persönlichen Eigenschaften entspricht.

In der Nachmittagssitzung wies Herr Ebert nochmals auf die Notwendigkeit einer Standesorganisation hin. Die Abstimmung erbrachte einmütige Annahme des Verbandes der Lehrer an badischen Gewerbeschulen. Bei der Vorstandswahl wurden zum ersten Vorsitzenden Studienrat Schuh, zum zweiten Vorsitzenden Fachvorsteher Stelz gewählt. O.K.

Wunsch an die Eisenbahndirektion

Nach dem neuen Sommerfahrplan fährt der Zug Nr. 1295 in Richtung Ulm bereits um 17.20 Uhr ab Bruchsal. Dieser Zug befördert einen Großteil der im Wiederaufbau der Stadt Bruchsal befindlichen Arbeiter nach Bretten und von da an weiter in Richtung Flehingen—Sulzfeld. In Bretten haben die Arbeiter 1 Stunde Aufenthalt, während 12 Minuten vorher der Arbeiterzug Nr. 3668 um 17.38 in Bretten abfährt. Die Arbeiter stellen nun die berechtigte Frage, ob man diesen Zug Karlsruhe—Sulzfeld nicht 12 Minuten später einsetzen könnte. Die Fahrgäste aus Karlsruhe würden sicherlich diese 12 Minuten leichter ertragen als die anderen eine ganze Stunde Aufenthalt. Man sitzt ohnehin schon seit morgens 5 Uhr auf der Bahn, und es würde allgemein begrüßt werden, wenn man abends eine Stunde früher nach Hause käme, allein der angespannten Ernährungslage wegen. d.

Rheinstände

6. Mai. Konstanz [illegible] + 4, Breisach 212 + 22, Kehl 255 + 20, Maxau 419 + 5, Mannheim 296 — 2, Caub 191 + — 0. 7. Mai: Konstanz 345 + 2, Breisach 218 + 6, Kehl 258 + 3, Maxau 434 + 15, Mannheim 310 + 14, Caub 190 — 1.

Ukrainisches Pfadfindertreffen in Karlsruhe

Karlsruher Jungen als Gäste und Freunde der ukrainischen Boy Scouts

In dem Karlsruher DP-Lager für Ukrainer in der Forstner-Kaserne draußen im mailich grünen Hardtwald trafen sich zum letzten Wochenende rund 200 ukrainische Pfadfinder. Etwa zwanzig Karlsruher Buben vom Jungwolf bis zum Rover nahmen als willkommene Gäste an diesem Treffen teil.

Alte ukrainische Boy Scouts hatten 1945 im DP-Lager Mannheim-Käfertal ihre Organisation für die ukrainische Jugend neu formiert aus der Überzeugung, daß der Pfadfindergeist dem ukrainischen Volk und seiner Mittlerschaft zwischen den Kulturen Ost und West besonders entspricht. In Anlehnung an Mannheim bildeten sich weitere ukrainische Boy-Scout-Gruppen dann in Ellwangen, in Dornstadt bei Ulm, in Bepplingen, in Karlsruhe, Aschaffenburg und an der Universität Heidelberg. All diese Gruppen feierten nun in Karlsruhe unter Scoutmaster Witalij Turczyk ein 1. Wiedersehen, seit sie sich in Mannheim getrennt hatten.

Die Karlsruher Zusammenkunft bot der ukrainischen Jugend erstmalig Gelegenheit, nicht als Exponenten anderer Völker, sondern eben als ukrainische Jugend in Erscheinung zu treten. Das kam bei der feierlichen Flaggenhissung am Samstag zum Ausdruck, zu der die Karlsruher gemeinsam mit ihren ukrainischen Kameraden angetreten waren. Die Reden spiegelten es wider, aber durchaus im europäisch-föderalistischen Sinne. Auch die Vertreter der für die Ukraine wichtigen Kirchen, ein griechisch-orthodoxer Erzbischof und ein griechisch-katholischer Dekan (letzterer untersteht bekanntlich Rom) sprachen über Gott und Vaterland, von denen das eine Prinzip nicht zum Fanatismus, das andere nicht zum Chauvinismus übersteigert werden dürfe. Den tragenden Gedanken aller Ausführungen bildete das Bewußtsein, daß nur eine Zusammenarbeit aller jungen Menschen der verschiedenen Nationen eine bessere Zukunft erschließen kann. Im Anschluß an die ukrainischen Ansprachen überbrachte der deutsche Gruppenführer die Grüße der Karlsruher Kameraden und fand herzlichen Beifall.

Es folgten sportliche Wettkämpfe. Der Samstagabend vereinte alle um ein hochloderndes Lagerfeuer. Am Sonntagmorgen fanden im Freien eine griechisch-katholische Messe und eine griechisch-orthodoxe Andacht statt. Später besuchten die Einheiten mit den Karlsruher Wimpeln den Turmberg in Durlach und übervölkerten dabei zum großen Staunen der Karlsruher die Straßenbahn. Die Karlsruher Buben schlossen mit ihren ausländischen Kameraden rasch Freundschaft, und dieser ersten Begegnung wird manche andere inoffizielle folgen. G. A.

Wann wird die Albtalbahnbrücke ersetzt?

Dienst am Kunden vornehmste Aufgabe der Direktion

Zahlreiche Zuschriften aus dem Publikum, das bei Wind und Wetter von der Endstation der Albtalbahn zur nächsten Straßenbahnverbindung, in vielen Fällen viermal täglich, einen Fußmarsch antreten muß, gaben Veranlassung, uns nach dem Stand der Dinge zu erkundigen. Allein aus Gründen der Zeitersparnis und Ernährung und im Hinblick auf die angespannte Lage in Schuhbesohlmaterial wäre die baldige Beseitigung dieses Notstandes dringend erforderlich. Schon Ende des Jahres 1945 hätte die gesprengte Brücke über den Rangierbahnhof durch eine moderne Holzkonstruktion ersetzt werden können. Die eingeleitete Arbeit kam aber zum Erliegen, da zunächst juristische Fragen und die Planung einer Eisenbrücke mit Gemütsruhe erörtert wurden. Durch den sich ständig verschlechternden Baumarkt war die Beschaffung von Stahl bis heute leicht möglich, und so blieb alles beim alten. Um diese schmerzliche Lücke zu schließen, stellte nun die Stadtverwaltung eine Stahlbrücke aus Heeresbeständen zur Verfügung, die nach gründlicher Untersuchung von maßgeblicher Seite und nach geringen Ergänzungsarbeiten als eine seltene Gelegenheit bezeichnet werden kann. Damit wäre die Möglichkeit gegeben, bei sofortiger Aufnahme der Arbeit bis zum Ende dieses Sommers die Verbindung mit dem Albtalbahnhof wieder herzustellen. Bis jetzt ist nichts geschehen. Über allen technischen und betrieblichen Erwägungen müßte das Wohl der Fahrgäste stehen. Es ist dabei zu berücksichtigen, daß trotz der Unterbrechung der gleiche Preis bezahlt wird, und daher die Forderung auf beschleunigte Beseitigung des derzeitigen unhaltbaren Zustandes als selbstverständlich betrachtet werden muß. Den vielen Fahrgästen der Albtalbahn muß ein dritter Winter durch Schnee und Regen erspart bleiben. P. S.

Herausgegeben unter Militär-Regierung-Lizenz US-WB-101. Verantwortl. Schriftleiter: Walter Schwerdtfeger und Wilhelm Baur. — Nachrichten: DENA (Deutsche Allgem. Nachrichten-Agentur), DPD (Deutscher Pressedienst Brit. Zone), AP (Associated Press), SNB (Sowjet. Nachr.-Büro), INS (Internat. News Service). — Für Rücksendung nicht verlangter Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

Württemberg siegte gegen Baden verdient 3:1

Zum Vergleichskampf waren am Mittwoch im Stuttgarter Neckar-Stadion 35 000 Zuschauer erschienen, die ein blendendes Spiel der Württemberger erlebten. Es wird wohl eine der besten württembergischen Vertretungen gewesen sein, die Baden verdient distanzierte. Für die badischen Schlachtenbummler war „ihre" Mannschaft eine Enttäuschung. Sie war dem Gastgeber in allen Belangen unterlegen. Die Mannschaft wirkte langsam, deckte ungenau und besaß auch nicht die körperliche Frische. Auch die Umstellung in der zweiten Hälfte brachte keine wesentliche Besserung.

Das Glanzstück der Württemberger war der Innensturm mit Binkert, Conen und Schaletzki, die sich ihren Bewachern nach Belieben entzogen und mit fliegenden Kombinationen dauernd gefährlich waren. Ausgezeichnet baute die Läuferreihe mit Kronenbitter, Langjahr und dem unüberwindlichen Stopper Schlienz auf und ließ dem badischen Sturm keine Entwicklungsmöglichkeiten. Steimle und Vetter hatten mit der badischen Angriffsreihe keine Mühe, und was darüber hinwegkam, bewältigte Jahn sicher.

In der badischen Mannschaft entsprach kaum ein Spieler den Erwartungen. Selbst Vetter im Tor beging Fehler und hätte den dritten Treffer verhüten können. Zwischen Verteidigung und Läufer war keine genügende Verständigung; daher gab es in der badischen Deckung immer wieder Lücken. Außerdem genügte die Aufbauarbeit der Läufer nicht. Am fleißigsten und erfolgreichsten war der kleine Waldhöfer Maier. Auch Herberger zeigte nach Halbzeit als Stopper ein solides Spiel. Der Sturm litt unter dem vollständigen Versagen des Mittelstürmers Bardorf, der mehr verdarb als nützte. Sehr beachtlich hielt sich Bechtold, der auf Innen- und Außenstürmer als einer der besten Spieler bezeichnet werden kann. Auch Laag nach Halbzeit und Balogh vor Halbzeit zeigten Qualitäten für solche Aufgaben. Barufka gefiel als Innensturmer besser, kam aber dennoch nicht an seine gewohnte Spielform heran.

Die Mannschaften: Baden: Vetter (Waldhof); Maier (Waldhof); Siegel (Waldhof); Herberger (KFV); Rößling (VfR); Maier R. (Waldhof); Balogh (Neckarau); Fanz (Waldhof); Bardorf (VfR); Bechtold (Knielingen); Barufka (Pforzheim).

Württemberg: Jahn (Kickers); Steimle (VfB), Vetter (Kickers); K. Kronenbitter (Kickers), Schlienz, Langjahr (VfB); Läpple, Binkert (VfB), Conen, Schaletzki (Kikkers), Juert (Ulm).

Nach Halbzeit spielte Hauer (Knielingen) rechter Verteidiger. Die Läuferreihe wurde mit Maier R., Herberger, Gramminger (Neckarau) formiert, und der Sturm bekam in der Besetzung Bechtold, Laag (Rohrbach), Bardorf, Barufka und Wasko (Durlach) etwas mehr Schwung. Das reifere Spiel der Württemberger führte in der 18. Minute durch einen wundervollen Kombinationszug zwischen Schaletzki, Läpple und Binkert durch letzteren mit plaziertem Schuß zum ersten Tor. Allerdings hatte zuvor Baden eine Chance, aber Jahn hielt den Kurzschuß von Bechtold hervorragend. In der 38. Minute war es Juert, der von Binkert prachtvoll bedient wurde und unhaltbar den zweiten Treffer erzielte. Der gleiche Spieler schoß in der 60. Minute aus spitzem Winkel auch den dritten Treffer, wobei Vetter allerdings falsch stand. Das einzige Gegentor der Badener erzielte in der 70. Minute Bechtold, der sich um zwei Gegner wand und an Jahn vorbei einschob.

Dem Spiel ging ein Radrennen badischer und württembergischer Mannschaften voraus. Das überragende Paar des Feldes waren Schertle und Hasenforter, die das Rennen siegreich vor ihren Landsleuten Schwarz/Lederer und Müller/Söll beendeten vor dem best-plazierten badischen Paar Ziegler/Berner. In der Länderwertung siegte Württemberg mit 13 Punkten vor Baden mit 3 Punkten.

Den einzigen badischen Sieg holte sich in der 4×100-Meter-Städtestaffel die Mannschaft des KTV mit Reiß, Müller, Beck und Nenninger in der guten Zeit von 43,9 Sekunden vor Ulm und Feuerbach. Bei den Junioren siegte Stuttgart in 45 Sekunden vor Mannheim und Pforzheim.

Der Reinerlös der Veranstaltung, die von der Militärregierung angeregt wurde, fließt dem badisch-württemberg. Jugendfond zu. Oberst Shelnutt vollzog den Anstoß des Vergleichskampfes. P. S.

Europamannschaft gegen Holland 2:1

Vor mehr als 60 000 Zuschauern blieb in einem Trainingsspiel in Rotterdam zur Auswahl der besten europäischen Fußballer für den Kampf gegen England eine kombinierte Mannschaft des Kontinents gegen die inoffizielle Nationalmannschaft Hollands mit 2:1 (Halbzeit 2:0) Toren erfolgreich. Wilke schoß zwei Treffer (in der 36. und 40. Minute), während bei Holland Bergmann in der 34. Minute der zweiten Halbzeit Torschütze war.

Familien-Nachrichten

Annemarie Mohr geb. Götz, m. lb. gt. Frau, ist am 26. 4. 47 sanft entschl. Für erw. Teilnahme, Kranz- und Blumenspenden recht herzlichen Dank. Im Namen der Hinterbliebenen: Richard Mohr, Grötzingen.

Käthe Wüst, meine lb. Frau, uns. gute Mutter, starb am 30. 4. 47 nach kurzer, schw. Krankheit i. Alt. v. 38 J. Für erw. Teiln. u. Blumenspenden herzlichen Dank. Emil Wüst und Kinder, Knielingen.

Elisabeth Steffen geb. Bauer, uns. lb. Mutter, Schwiegermutter u. Großmutter ist n. läng., schw. Leiden am 1. 5. 47 s. entschl. Im Namen d. trauernd. Hinterbl.: Fam. Pflumm, Khe., Schil esstr. 55, Fam. Loose, Berlin.

Anna Speck geb. Wörner ist am 30. 4. 47, nach Gottes heil. Willen, nach einem selten arbeitsr. Leben, i. 78. Lebensjahr f. immer von uns gegangen. Die trauernd. Hinterbliebenen. Oetigheim, Gasthaus zur Sonne.

Franz Warnke, m. lb. Mann, uns. gt. Papa, ist a. 30.4.47 n. lg. Ld. im 77. Lj. von uns geg. Für erw. Teiln. u. Bl.-Sp. herzl. Dank. Anna Warnke geb. Nericke und Kdr. Khe., Sofienst. 62. Seelenamt 12. 5., 8.00, Agnesk.

Christine Fleischmann, unsere liebe Mutter, ist am 30. 4. 47 sanft entschlafen. Für die vielen Kranz- u. Bl.-Spend. herzl. Dank. Im Namen d. tr. Hinterbliebenen: Karl Fleischmann, Khe.-Durlach, Grötzingerstraße 37.

Heinrich Bollheimer, m. lb. Mann, unser guter Vater, ging i. A. v. 52 J. am 29. 4. nach lg. Ld. in die Ewigkeit ein. In st. Tr.: Fr. M. Bollheimer u. Kdr. Herb. Bollheimer, verm., Leo Bollheimer, Khe. Herweghst. 30.

Röschen Hocker geb. Hüther, uns. lb. Tochter, Mutter u. Schwest., starb unerw. am 30. 4. 47. F. die wohlt. Anteiln. u. Blumensp., insbes. v. Seiten d. Hausbew.: herzl. Dank. Familie Hüther, Familie Schmidt.

Hermann Matetzky, mein innigstgel. treubes. Mann, uns. lb. Onkel u. Schwager, ist nach kurz., schw. Krankheit am 4. 5. 47 unerw. von uns gegangen. In tiefer Tr.: Frau Sofie Matetzky, Wwe., Aug.-Dürr-Straße 3.

Jakob Geiser, Ob.-Zugschaff. a. D., m. lb. Mann, uns. gt. Vat. u. Großv., w. a. 5. 5. i. 70. Lbsj. heimgeh. I. t. Tr.: Julie Geiser Wwe., Johanna Müller gb. Geiser u. Fam., Erw. Geiser u. Fam. Khe., Luisenst. 63. Beerd. 8.5., 12 U.

Regina Endriss geb. Maisch: Wir erh. d. tiefttr. Nachr., daß uns. lb. Schwester, Schwägerin, Tante u. Gattin im blüh. A. v. 33 J. inf. eines Autounf. in New York tödl. verunglückt ist. In stiller Trauer: Die Hinterbliebenen.

Emil Sattler, Rektor, u. lb. herzensg. Vater, Schwiegerv., Großv., Brud. u. Onkel, ist a. 6. 5. 47 n. lg., schw. L. i. A. v. nahezu 80 J. s. entschl. Beisetz. 8. 5. 47, 10 U. I. tf. L.: Fam. Dr. E. u. O. Sattler, Bühlertal, Durmersh.

Ihre Verlobung geben bekannt:

Olly Hamberger — Gerd Rudi, Karlsrune, 8. Mai 1947. Killisfeldstraße 18, Weinbrennerstraße 31.

Erna Wandres — Robert Gaßner. Khe., Marienstr. 59; Stuttgart/Münster, Elbestraße 57. 10. 5.

Ihre Vermählung geben bekannt:

Walter Beyer — Ruth Beyer geb. Armbruster. Khe., Erbprinzenstr. 5. Trauung, 10. 5. 47, 13 Uhr, Christuskirche.

Alfred Pruski — Emy Pruski geb. Kolb. Khe., den 10. Mai 1947, Bachstraße 43. Tr.: 10. 5. 47, 3 Uhr, Markuskirche.

Karl Lauinger, stud. arch. **— Isabella Lauinger geb. Dittrich.** 10. Mai 1947. Karlsruhe, Parkstraße 58.

Geboren:

Birgit: Unser Sonntagsmädel ist da! Friedrich Körner u. Frau Elisabeth geb. Glasstetter. Khe., Boeckhstraße 28.

Mildred: Unser Hanns-Martin hat sein Schwesterchen bek. Dr.-Ing. L. Bräuer u. Fr. Elfriede gb Riedner, Schwetzingen

Heidi u. Brigitte sind a. 5. 5. 47 angek. Walter Mahler u. Frau Friedl geb. Bliss. Rüppurrer Str. 24, N. Vinz.-Krkhs.

Ute-Hello ist am 6. 5. 47 angek. Walther Willy Vetter, Großhandelskaufm. u. Frau Hello gb. Tröndle, Südendst. 2.

Veranstaltungen

„Die Kurbel", an der Hauptpost. Ein außergewöhn